

Umfrage der Humboldt Universität Berlin – Erfahrungen mit Vornamens- und Personenstandsänderung

26. Mai 2016

Schluss-Spurt – bitte unterstützt das Forschungsteam der Humboldt Universität in dem ihr an der Onlinebefragung teilnehmt!

Onlinebefragung von Trans*Menschen deutschlandweit

zu den Erfahrungen mit den Verfahren zu Vornamens- und Personenstandsänderung nach dem TSG

Liebe Alle,

wir möchten gerne noch einmal in Erinnerung rufen, dass diese Umfrage noch eine Woche lang (also bis) offen ist und bearbeitet werden kann. Bei all jenen, die sich bereits die Zeit genommen haben, unsere Fragen zu beantworten oder dies innerhalb der nächsten Woche noch tun, bedanken wir uns sehr, sehr herzlich für die Teilnahme!

Wer wir sind: Als Forschungsteam an der Humboldt-Universität zu Berlin arbeiten wir an einem Gutachten zum „Regelungs- und Reformbedarf für transsexuelle und transgeschlechtliche Menschen“. Hierzu möchten wir mit einer deutschlandweiten Onlineumfrage Erfahrungen mit den Verfahren zur Änderung des Vornamens und/ oder Personenstandes und auch mit der Begutachtung durch medizinisches Personal ermitteln.

Das Gutachten erfolgt im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und soll dazu dienen, die Durchführung der rechtlichen Verfahren zur Vornamens- und Personenstandsänderung zu evaluieren und etwaigen Reformbedarf aufzuzeigen.

An wen sich die Befragung richtet: Die nachfolgende Befragung richtet sich an alle Menschen, die sich im weitesten Sinne als trans*, transgeschlechtlich, transsexuell verorten. Sie ist nicht beschränkt auf eine bestimmte Form von „trans“, sondern soll im Gegenteil die Vielfältigkeit von geschlechtlichen Verortungen abbilden.

Sie richtet sich an alle Altersgruppen, auch an Minderjährige.

Bitte beachten Sie: Kinder unter 14 Jahren müssen die Befragung mit einer sorgeberechtigten Person ausfüllen, sonst dürfen die Ergebnisse nicht verwertet werden – auch wenn diese anonym erhoben werden.

Zweck und Verwendung der Befragung: Die Ergebnisse der Befragung werden die Grundlage für die Empfehlungen für rechtliche Reformen im Rahmen des oben beschriebenen Gutachtens bilden. Konkret wird ein Gesetzentwurf erarbeitet werden, mit welchem das derzeit geltende „Transsexuellengesetz“ reformiert bzw. ersetzt werden könnte. Es soll aber auch darüber hinausgehender Bedarf aufgezeigt werden, etwa was die Gesundheitsversorgung betrifft. Sie können mit Ihrer Teilnahme an dieser Umfrage einen wichtigen Beitrag zum o.g. Gutachten leisten. Wir hoffen daher sehr auf Ihre Unterstützung, die selbstverständlich freiwillig ist. Um Ihre Zeit nicht zu sehr in Anspruch zu nehmen, dauert das Ausfüllen maximal 15 Minuten!

Zeitraum der Umfrage: Die Befragung kann ab sofort bis zum 31. Mai 2016 online beantwortet werden. Der Link zur Umfrage befindet sich am Ende dieses Textes.

Hinweise zum Datenschutz: Alle Daten werden anonym und streng vertraulich erhoben. Es wird technisch keine Rückverfolgung möglich sein, so dass nicht auf Ihre Identität geschlossen werden kann.

Um Ihnen die Bearbeitung in mehreren Sitzungen zu ermöglichen, verwendet die Software Cookies. Die Software speichert zu keinem Zeitpunkt die IP-Adresse, sondern generiert einen verschlüsselten Code, mit welchem ihre begonnene Sitzung gespeichert wird und welcher mit Ablauf des Umfragezeitraums erlischt. Eine Nachverfolgung Ihrer IP-Adresse ist nicht möglich.

Es ist möglich, Fragen unbeantwortet zu lassen.

Auf Wunsch kann das Datenschutzkonzept zugesandt werden.

Für weitere Fragen erreichen sie das Tem unter folgender E-Mail-Adresse: [`tsg-umfrage-hu\(at\)`](mailto:tsg-umfrage-hu(at))

Wir bedanken uns im Voraus herzlich für Ihre/ Eure Teilnahme!

Dr. Laura Adamietz, Katharina Bager, Anne Degner, Dr. Sarah Elsuni, Luan Kreutschmann
Humboldt Universität zu Berlin, Juristische Fakultät,
Lehrstuhl für Öffentliches Recht und Geschlechterstudien,
Projekt Reformbedarf TSG
Unter den Linden 9,
10099 Berlin

!!! Zur Umfrage geht es hier entlang:

Link:

Befragung von Trans*Menschen deutschlandweit

Wer wir sind: Wir sind ein Gruppe von Forscher_innen, die an der Humboldt-Universität zu Berlin (Lehrstuhl für Öffentliches Recht &...